

# Wostw Demokrati

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik

Einzelpreis 70 Heller.  
(Einschließlich 5 Heller Porto)

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Druck- u. Verwalt.: Drag II, Stefánka 15 • Teleph.: 29793, 31409, Nachdruck: (ab 21 Uhr): 33536 • Postkass.: 57544

12. Jahrgang.

Mittwoch, 7. September 1932

Nr. 211.

Debatte in Stresa.

## Sie sagen einander die Meinung. Werden sie handeln?

Stresa, 6. September. In der allgemeinen Debatte über die wirtschaftliche Wiederaufrichtung der Mittel- und osteuropäischen Staaten sprach der deutsche Delegierte Basse, der beantragte, einen Sonderausschuß für die Prüfung jener wichtigsten Wirtschaftsprobleme zu bilden, auf denen die Kaufkraft der Staaten beruht, die sich in Notlage befinden.

Der polnische Delegierte Adam Rose erklärte in ausführlicher Weise die Ursachen der wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten der Agrarstaaten und machte darauf aufmerksam, daß diese Staaten Gläubiger seien, die ihren Verpflichtungen nicht nachkommen können, da sie dauernd eine passive Zahlungsbilanz aufweisen. Der polnische Delegierte sprach sich für die Aufhebung jedweder Reglementation wirtschaftlicher Beziehungen aus, insofern derartige Maßnahmen den freien Handel hindern, und zwar nicht nur beim Austausch industrieller Erzeugnisse, sondern auch beim Handel mit landwirtschaftlichen Produkten. Das Präferenzregime sei augenblicklich das wichtigste Mittel zur Beseitigung der Agrarkrise. Die landwirtschaftlichen Staaten hätten nicht genügend Kaufkraft, nur die Tschechoslowakei, die auch Industriestaat sei, könne ihre Zahlungsbilanz im Gleichgewicht halten. Rose machte darauf aufmerksam, daß die Agrarstaaten gezwungen sein würden, sich zu industrialisieren, wenn man ihnen nicht anderweitig entgegenkommen würde. Der polnische Delegierte sprach sich für multilaterale Verträge aus.

Der englische Vertreter Addison verteilte die Maßnahmen, die dem freien Handel im Wege stehen und sprach sich für deren allmähliche Aufhebung aus.

Der ungarische Delegierte Telezky verlangte größere Freiheit für den internationalen Handel. Er betonte die Notwendigkeit der Regelung der ausländischen Schulden, der Herabsetzung des Zinsfußes und der Ermöglichung der Ausfuhr landwirtschaftlicher Produkte.

Der bulgarische Delegierte Stojanow legte die Lage seines Landes dar und machte namentlich auf die Tatsache aufmerksam, daß Bulgarien seinen ausländischen Verpflichtungen nicht nachkommen könne, auch wenn die Reparationszahlungen eingestellt seien.

In der Nachmittagsitzung griff der tschechoslowakische Delegierte Gefandter Fierlinger in die Debatte ein. Er erklärte, die Konferenz in Stresa müsse wirklich Entscheidungen europäischen Charakters bringen. Ueber die Warschauer Abmachungen erklärte er, daß die tschechoslowakische Regierung nicht genügend Zeit gehabt hätte, deren Ergebnisse zu prüfen. Die Tschechoslowakei habe einschränkende Devisenmaßnahmen als Verteidigungsmassnahme erst dann ergriffen, als einige Staaten bereits eine Devisenkontrolle durchführten. Es wäre schwer, die Staaten zu bewegen, augenblicklich die Devisenvorschriften zu beseitigen, so lange ihre Zahlungsbilanz nicht günstiger sei. Die Aufhebung der Einfuhrkontrolle sei gerade so schwierig und man müsse befürchten, daß die Bestrebungen zur Beseitigung dieser Maßnahmen unfruchtbar bleiben würden, wenn die in Schwierigkeiten befindlichen Staaten nicht bis dahin einen Devisenvorrat angehäuft, der Kapitalflucht Einhalt getan und ihre Einnahmen durch wirtschaftlichere Maßnahmen erhöht hätten, abgesehen von der Notwendigkeit, daß ihre Auslandsverpflichtungen erleichtert werden. In Bezug auf die Auslandsschulden erklärte Gefandter Fierlinger, das Problem der kaufmännischen Schulden sei überaus kompliziert und müsse sehr vorsichtig gelöst werden, um nicht die bisherigen Handelsbeziehungen zu stören. Die Konferenz in Stresa sei nach Ansicht des Redners nicht dafür kompetent, dieses Problem zu lösen. Europa würde sicherlich einen Schritt vorwärts machen, wenn es sich bis zu einem gewissen Maße die Eigenversorgung sichern und den Agrarstaaten den notwendigen Absatz ihrer Getreideproduktion garantieren könnte. Ueber das Präferenzsystem sagte Gefandter Fierlinger: es müsse derart beschaffen sein, daß man es den Möglichkeiten des importierenden Landes anpassen könne. Die Tschechoslowakei wolle mit jedem Staat einzeln über ein Abkommen verhandeln.

Papen will den Kapitalismus retten.

## Notverordnete Not. Unerhörte Lohnsenkungen.

Berlin, 5. September. (Wolff.) Auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten zur Erhaltung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialversicherung vom 14. Juni 1932 und der Verordnung zur Behebung der Wirtschaft vom 4. September hat die Reichsregierung eine Verordnung erlassen, in der u. a. bestimmt wird:

Werden in einem Betrieb oder in einer Betriebsabteilung mehr Arbeiter beschäftigt als am 15. August oder im Durchschnitt der Monate Juni, Juli und August 1932, so ist der Arbeitgeber ohne Aenderung des Arbeitsvertrages berechtigt, während der Dauer der Erhöhung der Arbeiterzahl, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze für die 31. bis 40. Wochenarbeitsstunde zu unterschreiten. Die zulässige Unterschreitung beträgt während einer Vermehrung der Arbeiterzahl von

mindestens 5 von 100	: 10 von 100
" 10 von 100	: 20 von 100
" 15 von 100	: 30 von 100
" 20 von 100	: 40 von 100
" 25 von 100	: 50 von 100

Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltsätze.

Die Lohnermäßigung soll sich jedoch nicht auf die ganze Entlohnung erstrecken, sondern auf die 31. bis

40. Wochenarbeitsstunde beschränkt sein, einmal, um dem Arbeitnehmer ein gewisses Mindesteinkommen zu garantieren, andererseits, um einen Anreiz zur Verfürgung der Arbeitszeit zu schaffen. In keinem Fall soll die Lohnermäßigung über die Hälfte der Vergütung für die 30. bis 40. Stunde hinausgehen, so daß also der Arbeitnehmer von dem bisherigen Gesamtlohn höchstens 12½ v. H. einbüßen kann.

Werden in einem landwirtschaftlichen Betrieb im Monatsdurchschnitt mehr Arbeiter beschäftigt als in dem entsprechenden Monat des Vorjahres, so ist der Arbeitgeber ohne Aenderung des Arbeitsvertrages berechtigt, für diesen Monat, jedoch nicht für die Zeit vor dem 15. September 1932, die jeweiligen tarifvertraglichen Lohnsätze zu unterschreiten.

Die hiernach zulässige Unterschreitung der tarifvertraglichen Lohnsätze beträgt bei einer Vermehrung der Arbeiterzahl von

mindestens 5 vom Hundert	: 2 vom Hundert,
" 10 vom Hundert	: 4 vom Hundert,
" 15 vom Hundert	: 6 vom Hundert,
" 20 vom Hundert	: 8 vom Hundert,
" 25 vom Hundert	: 10 vom Hundert.

Bei Arbeitern, deren tarifvertragliche Sachbezüge dem Werte nach die tarifvertraglichen Lohnsätze übersteigen, verdoppeln sich die Hundertsätze der zulässigen Unterschreitung.

Entsprechendes gilt bei Erhöhung der Zahl der Angestellten für die Gehaltsätze.

## Lohnsenkung auch in „gefährdeten“ Betrieben.

Gefährdet die Erhöhung der dem Arbeitgeber obliegenden tarifvertraglichen Verpflichtungen die Weiterführung eines Betriebes oder seine Wiederaufnahme, insolge besonderer Umstände, so kann der Schlichter den Arbeitgeber ermächtigen, die tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze im be-

stimmten Umfang ohne Aenderung des Arbeitsvertrages zu unterschreiten.

Den Umfang der zulässigen Unterschreitung setzt der Schlichter fest. Er darf dabei nicht über 20 vom Hundert der tarifvertraglichen Lohn- und Gehaltsätze hinausgehen.

## Schlechter Ton von der Leinwand.

Papen „begründet“.

Berlin, 6. September. Reichskanzler von Papen hat in der Ufa-Ton-Wochenschau eine Ansprache gehalten, in der er vor allem auf die Frage der Arbeitslosigkeit eingieng. Der Kanzler erklärte u. a., die Reichsregierung sei fest entschlossen, einen durchgreifenden Versuch zu machen zur Behebung der Privatinitiative und der Privatwirtschaft. Wir glauben, so führte der

Kanzler aus, am Tiefpunkt der großen Weltkrise angelangt zu sein. Daher fühlen wir uns berechtigt, mit einem großen Einsatz von mehr als zwei Milliarden Mark der Produktionsweite zu Hilfe zu kommen, um insgesamt mehr als zwei Millionen Menschen wieder in den Arbeitsprozeß einzuliedern zu können.

## Braunschwarze Koalition fast fertig!

Papen am Montag vor dem Reichstag.

Berlin, 6. September. (VDZ.) Wie verlautet, hat Reichstagspräsident Goering der kommunistischen Fraktion auf deren Schreiben mitgeteilt, daß der Reichstag für Montag, den 12. September, 15 Uhr zu einer Sitzung einberufen würde mit der Tagesordnung: Entgegennahme einer Erklärung der Reichsregierung. Der Empfang des Reichstagspräsidiums durch den Reichspräsidenten soll am Samstag stattfinden.

Berlin, 6. September. (VDZ.) Die Tatsache, daß Reichstagspräsident Goering das Reichstagsplenum für nächsten Montag einzuberufen wünscht, wird in politischen Kreisen dahin gedeutet, daß man hofft, noch bis zum Ende dieser Woche eine gewisse Klarheit für den Ausgang der Koalitionsbesprechungen zu erhalten. Im Reichstage wurden, wie das VDZ hört, am Dienstag nachmittags die Besprechungen zwischen Nationalsozialisten und Zentrum wieder aufgenommen. Reichstagspräsident Goering empfing nach einander den früheren Reichskanzler Dr. Brüning und den Reichstagsabgeordneten Dr. Bell (Zentrum).

## Streik der niederschlesischen Metallarbeiter.

Görlitz, 6. September. Nach Ablauf des bisherigen Lohnabkommens in der niederschlesischen Metallindustrie und Ablehnung des Vergleichsvorschlages und des Schiedsspruches des Schlichtungsausschusses Görlitz hat der Verband der Metallindustriellen Niederschlesiens beschlossen, den Schiedsspruch hinsichtlich der Löhne von sich aus durchzuführen. In Erfüllung dieses Beschlusses wurden die Einzelarbeitsverträge zum Ablauf der Lohnwoche beziehungsweise mit Ablauf der für die Arbeitsverhältnisse bestehenden Kündigungsfrist aufgekündigt. Gleichzeitig wurde den Arbeitern mit Ablauf der Kündigung

ein neues Arbeitsverhältnis bei einer vierprozentigen Lohnsenkung angeboten. Unter Ablehnung dieser Bedingungen sind darauf die Arbeiter in einzelnen Betrieben in den Streik getreten. Es streiken bereits 1450 Arbeiter; es wird mit einer Erhöhung auf 2200 Streikende gerechnet.

## Der tägliche Mazedoniermord.

Sofia, 6. September. Der der Agrarpartei angehörende Journalist Michal Bundow, dessen Bruder vor längerer Zeit als Anhänger der Protogerowisten ermordet wurde, wurde gestern abends von einigen Anhängern Michajkows erschossen.

## Stresa.

Die Konferenz ohne Optimismus.

Wenn eine politische Konferenz den im allgemeinen doch phrasenreichen und schönrednerischen Pressekommentaren zufolge gleich in „pessimistischer Stimmung“ eröffnet wird, dann kann das nur heißen, daß sie sich außerstande fühlt, auch nur das zu tun, was Konferenzen im allgemeinen leisten: einen Erfolg vorzutauschen. Und der objektive Beobachter wird der Konferenz von Stresa, die sich mit den Wirtschaftsfragen Mitteleuropas befassen soll, auch kaum ein anderes Horoskop stellen als das eines wahrcheinlichen Fiaskos, für das sich kaum eine Verschönerung finden wird.

Die Konferenz sollte als eine notwendige Vorstufe zu der Weltwirtschaftskonferenz die Hindernisse beseitigen, die jeder europäischen Wirtschaftsregelung durch die besonderen Schwierigkeiten Mitteleuropas gestellt sind. Es ist leider so, daß der Weg zur europäischen Wirtschaftseinheit zwar steil und beschwerlich, im allgemeinen aber nicht ungangbar wäre, wenn es nicht gälte, den verschütteten Engpaß der mitteleuropäischen Wirtschaftsnot zu durchschreiten. Jede Weltwirtschaftskonferenz (die im Grunde immer eine europäische sein wird) muß scheitern, wenn ihre Verhandlungen in das Gewirr der mitteleuropäischen Sonderprobleme geraten. Darum sollte die Mitteleuropa-Konferenz von Stresa den Weg zur großen Konferenz ebnen.

Auf zweierlei Weise sollte den mitteleuropäischen Staaten geholfen werden: durch ein System von Präferenzzöllen und durch einen europäischen Fonds. Gegen das Präferenzsystem wendet sich Deutschland, das überhaupt wenig Sympathien für ein geeinigtes Mitteleuropa mitbringt und dabei von Italien unterstützt wird. Der Fonds aber könnte, wie die Dinge heute liegen, eigentlich nur von Frankreich genährt werden, das wiederum sein Geld nur dann anlegen will, wenn die Lösung des mitteleuropäischen Problems in seinem, also im antideutschen Sinne erfolgt. Jede der Großmächte ist von allem Anfang nicht so sehr auf die Sanierung Mitteleuropas erpicht als auf die politischen Ziele, die sie in Mitteleuropa verfolgt, und wer den Franzosen das Recht zugesteht, jeden Franc, den sie verleihen, an politische Bedingungen zu binden, wie eben erst bei der Lausanner Anleihe für Oesterreich, der darf es den deutschen und italienischen Diplomaten nicht übel nehmen, daß sie ihrerseits wirtschaftliche Zugeständnisse von politischen Erwägungen abhängen lassen.

So steht Stresa unter übelstem Zeichen und verheißt ein phrasenloses Mißlingen. Leider wird niemand auf der Konferenz den Mut finden, die Ursachen des mitteleuropäischen Jammers aufzudecken und das Notwendige auszusprechen: daß ohne die Revision der Friedensverträge Mitteleuropa nicht saniert werden kann. Man hat in Paris 1919 Grenzen gezogen, die wider allen Sinn der Geographie und der Wirtschaft verließen, man hat lächerliche Souveränitäten von Kleinstaaten und damit zahllose Unkosten, Reibungsflächen und Schwierigkeiten im Handelsverkehr geschaffen, man hat ein System von Allianzen und damit einen Rattenkönig von Militärverträgen, eine Atmosphäre von Mißtrauen und Feindseligkeit erstehen lassen, die jede Gesundung verhindern. Wie will man große raum- und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte zur Geltung bringen, wenn man Staaten wie Estland und Lettland mit dem vollen Maße der Souveränität ausgestattet und ihnen erlaubt hat, in der Weltpolitik mit den gleichen Ansprüchen aufzutreten wie das Britische Empire? Damit ist nichts gegen die nationale Unab-

### Französische Industrie in Rußland.

Warschau, 6. September. (RFA.) Gestern traf in Warschau der Deputierte von Delbos, der stellvertretende Vorsitzende der französischen Kammer, ein, der aus Sowjetrußland zurückgekehrt war. Delbos war der Leiter einer Gruppe französischer Parlamentarier, die als Industrielle von der Sowjetregierung zu einer Besichtigung der Sowjetrepublik eingeladen worden waren. Zwei Mitglieder dieser Gruppe, Gault und Grammont, wurden bei ihrer Abreise aus Rußland an der Grenze von den Sowjetbehörden aus unbekanntem Gründen angehalten. Deputierter Delbos hat bei der sowjetrussischen Gesandtschaft in Warschau Schritte unternommen und nachdrücklich die sofortige Freilassung seiner beiden Kollegen gefordert. Das Ergebnis seiner Intervention ist bisher nicht bekannt.

hängigkeit der kleinen Völker gesagt. Die ist durchaus zu billigen und leider durch die Friedensverträge, die mehr unterdrückte Minderheiten geschaffen haben, als es vordem in Mitteleuropa gab, noch lange nicht genug geschützt. Aber die Freiheit und kulturelle Entwicklung der Nationen wäre auch innerhalb eines politischen Systems sicherzustellen gewesen, das nicht jedem Zwergstaat erlaubt hätte, Zollmauern aufzurichten, zu rüsten und große Politik zu treiben. Man ist in Paris seinerzeit sogar so weit gegangen, staatliche Existenzen durch schwere Sanktionen zu sichern, obwohl die Bewohner dieser Staaten auf ihre Eigenstaatlichkeit pflissen. Das war bei Oesterreich der Fall, das man dauernd vergewaltigt, indem man es, ebenedurch politischen, heute durch wirtschaftlichen Druck zwingt, eine selbständige staatliche Existenz weiterzuführen, zu der ihm alle Voraussetzungen und der eigene Wille fehlen. Um Mitteleuropa zu sanieren, bedürfte es keiner Wirtschaftskonferenz, sondern einer neuen Friedenskonferenz. Die ist derzeit und solange Mitteleuropa von einem Duzend nationalsozialistischer und hornierter Bourgeoisien regiert wird, unmöglich. Erst ein Mitteleuropa, in dem das Proletariat eine entscheidende Rolle spielte, könnte über die Eisensüchteleien und Sonderinteressen der Bourgeoisien hinweg die Lösung finden, die in der Beseitigung der kleinstaatlichen Herrlichkeit, in der Unterordnung der Einzelnen unter das Gesamtinteresse des mitteleuropäischen Mannes und der mitteleuropäischen Wirtschaft liegt. Die Arbeiterklasse der Tschechoslowakei wird bei dieser Umgestaltung Mitteleuropas eine wichtige, vielleicht die entscheidende Rolle spielen, denn die industrielle Tschechoslowakei wird eher als die reinen Agrarstaaten die Kräfte zur Lösung des Mitteleuropaproblems zu entwickeln vermögen. Darum verfolgen wir die Vorgänge in Streja mit großem Interesse, wenn wir uns auch klar darüber sind, daß jede Konferenz, die von der bürgerlichen Politik und Diplomatie gelenkt wird, an dem mitteleuropäischen Problem scheitern muß, weil sie gar nicht wagt, es im ganzen Umfang aufzurollen.

### Der Niemand rebelliert die Geschichte eines Arbeiters.

Von Karl Hans Schöber und Erich Knauf.  
Wir gehen zur ärztlichen Visite. Der vor mir zögert mit dem Ausziehen. Er trägt Kragen, Borsthemd und Binde, aber ein Hemd hat er nicht an.  
„Du himmlischer Vater da droben,“ schreibt der Arzt, „und Unterhose hat er auch keine? Da ist mir ja eine feine Nase herbei gekommen!“  
Der Kamerad wird blaß: „Ich war an der Front. Bis jetzt bekam ich nirgends Arbeit...“  
Drei Kriegsinvaliden sind unter uns. Der Arzt schreibt sie auf die Seite: „Unser Unternehmen ist keine Versorgungsanstalt.“ Er diktiert dem Beamten, der uns begleitet: „Nicht aufgenommen!“  
Einer regt sich auf: „Sollen wir uns denn hängen oder vergiften?“  
Er liegt schon draußen.  
Der Vorgesetzte treibt uns bei der Arbeit: „Flott, flott! Das ist Terminarbeit!“  
Auf sechs Mann kommt ein Antreiber. Die Wirtschaft muß vor dem Zusammenbruch gerettet werden.  
Nur drauf, drauf, und wenn einer freipiept, stehen zwanzig drauf.  
Ein Kessel steht uns hier im Wege, auf einem Wagen, man könnte ihn fortziehen.  
„Der bleibt stehen!“ schnauzt der Antreiber.  
Wir müssen die schweren Metallstücke über den Kessel hinwegheben. Der Prolet darf sich die Arbeit nicht leichter machen. Er muß sich schinden, schinden, schinden, bis ihm die Junge heraushängt.  
„Schmidt's Pressen besser?“ raunzt der Vorgesetzte.  
Einmal kratzt es. Wir hören und leben nichts mehr. Der Lustdrud wirft mich um.

### Bonzen und Proleten.

## Die Naziarbeiter erwachen!

Hannover, 2. September. Dem sozialdemokratischen „Volkswillen“ ist ein Briefwechsel zwischen Nationalsozialisten zugeweht, der für die Verhältnisse innerhalb der NSDAP überaus bezeichnend ist und insbesondere das Führereliquenwesen in der hannoverschen Nazi-partei beleuchtet. In einem dieser Briefe heißt es:  
„Viele von den alten Parteigenossen sind an die Wand gedrückt. Weh! Du noch, wie wir in einer deutschnationalen Versammlung im Burg-haus gefessen und die Glagen geätzt haben? Ueber diese Bürgerpartei haben wir uns lustig gemacht, aber heute geben bei uns ver-taktete Bonzen, Offiziere und Akade-miker den Ton an. Ein paar Renom-mierter Proleten sind ja noch da. Du entstannst Dich wohl des Sch., der fluchtartig die Ortsguppe Ranzel verlassen mußte unter Zurücklassung beträchtlicher Schanden, der ist jetzt M. d. R. Bid und seit ist R. geworden. Der hat es geschafft. Er ist jetzt Inspektor für die NSD. Vom Arbeiter zum Betriebsrat, kommunistischer Bürgerver-keher, er hat die Interessen der Arbeiter so — gut vertreten. Vom Arbeitgeber zum Meister ge-macht und bei uns M. d. R. Manchmal könnte man das große R. . . kriegen. R. (auch M. d. R. Die Red.) gurgelt bei Annehmern die teuren Weine, und noch so eine Clique sitzt da. In der Luftkammer verkehren die Bürger. Die Proleten saufen bei Haase in der Spichernhöhe oder beim deutschen Herrmann in der Langen Straße. Wo konnten wir glauben, den Stan-desdünkel beseitigt zu haben? Es sieht so aus, als hätten wir den Herr-schaften die Sessel hingeschoben, da-

mit sie sich bequem hineinsetzen konnten.“  
Ein anderer Brief gibt Aufschluß darüber, was für die NSDAP der „Arbeitsdienst“ bedeutet. In dem Briefe heißt es:  
„Im Juni hat man eine Gruppe Arbeits-dienstfreiwilliger zusammengestellt. Führer war ein Architekt. Es sollten Entwässerungsarbeiten ausgeführt werden. Jetzt schreibt mir ein Pg. aus Odershausen, daß man sie schändlich betrogen habe. Die 40 Mann sind bei Bauern untergebracht, arbeiten von mor-gens 5 bis abends 9 Uhr als Knechte und erhalten sage und schreibe 50 Pfennig den Tag. Der Bauer, der die Freundlichkeit hatte, sich dieser billigen Arbeits-kräfte anzunehmen, erhält noch einen Geldzuschuß vom Staat. Es wäre zu einer Revolution gekommen, wenn die Partei die Leute nicht wieder zum Ruhsen gebracht hätte. Blumengeschmückt, mit dem Horst-Wessel-Lied, sind die Jungen abgefahren. Und wie werden sie wiederkommen? H., der frühere Sturmführer, der wegen Blutschande mit seiner Tochter ge-fessen hat, ist jetzt wieder freigekommen und hat sich schon wieder beim Roll-tommando betätigt. Zirkel hat mit seinem Parteiladen Konkurs angemeldet. Wäl-ter hinterläßt Autoschulden. Lauterbacher wird von seinen Gläubigern gesucht, ist aber un-auffindbar.“  
Es ist zu erwarten, daß noch Tausende an-derer Naziarbeiter die Folgerungen aus der Er-kenntnis ziehen, die in diesen Briefen zum Aus-druck kommt.

### Existiert in der Tschechoslowakei eine faschistische Gefahr?

Unter diesem Titel bringt das deutsch ge-schriebene Informationsblatt der tschechischen Sozialdemokratie „Der Klassenkampf“, als dessen Herausgeber Genosse Dr. Winter für den Vor-stand der Partei zeichnet, einen Artikel von der Redakteurin des Blattes, Genossin Mila Grimichová, in dem unter anderem gesagt wird:  
Die Frage, ob in der Tschechoslowakei eine faschistische Gefahr existiert, beantworten viele Politiker in der Tschechoslowakei mit einem wohl-wollenden Lächeln: „Wo haben sie denn in der Tschechoslowakei einen dem italienischen Fascis-mus oder dem reichsdeutschen Hitlerismus äh-nliche Bewegung?“  
Es ist dasselbe, wie wenn man nach dem Kriege die Existenz einer tschechischen und slowa-kischen Bourgeoisie leugnete. Auch damals ent-gegeneten viele Politiker den Sozialisten, wenn sie gegen die Propaganda der nationalen Eintracht wetterten: „Wenig, wo hast du irgend eine tse-cheische Bourgeoisie? Wir Tschechen sind ja lau-ter Proletariat. Bourgeoisie — ja, das sind Deutsche und Juden. Aber wir, wir Tschechen, wir müssen zusammenhalten, damit unsere teuer erworbene geliebte Republik keinen Schaden nimmt.“  
Diese weisen Politiker wollten nicht einsehen, daß zwar der Prozentsatz der tschechischen Bour-geois, der Fabrikanten und Großgrundbesitzer da-mals wirklich klein war, daß aber sofort nach dem Umsturz viele tschechische Nichtbourgeois ge-willt waren, diesen Mangel auszubeden. Diese hungrigen Mittelständler laien dann auch ganzes Werk und beutzutage kann niemand mehr leugnen, daß es

eine tschechische Bourgeoisie tatsächlich gibt. Die Restgüter, die Teilnahme an Verwaltungen in den Banken und Industriebetrieben, welche früher manchmal nur in deutschen Händen waren, wurde geteilt und die Entwicklung bis zum heuti-gen Tage ist bis in die letzten und kleinsten Nuancen den Weg gegangen, wie es die Linken damals vorhergesehen.“  
So ähnlich, wird dann in dem Artikel aus-geführt, sei es mit dem Faschismus. Die Gajda-Partei stelle keine große Gefahr dar, trotzdem es ihr gelungen ist, in Südböhmen ein wenig Fuß zu fassen. Ebenso wird die Liga Striktnys bei den nächsten Wahlen nicht mehr als zehn oder elf Mandate erhalten und das sei schon fraglich. Die faschistische Gefahr in der Tschechoslowakei liegt wo anders, und zwar in der mindestens zur Hälfte dem Faschismus verfallenen Agrarpartei! Diejenigen tschechoslowakischen Politiker, welche die Möglichkeiten des Faschismus in der Tsecho-slowakei mit einem Lächeln beantworten, sind sehr kurzfristig und die Entwicklung der Dinge könnte sie höchst unangenehm überraschen.

### Sie sind beleidigt.

die Herren Kommunisten, und zwar wegen un-seres Artikels über die Hauptfiguren auf dem Antikriegskongress. Sie, welche die „Entlarbung“ der sozialdemokratischen Führer handwerksmäßig betreiben, klagen über persön-liche Verunglimpfung, weil wir den Herrn Smeral, Cadin und Münzenberg die heuchlerische Antikriegsmaske vom Gesicht gerissen haben. Die Arbeiteröffentlichkeit möge zur Kenntnis nehmen: Keine der von uns angeführten Tatsachen über diese Helden kann die kommunistische Presse be-

streiten! Was den Smeral betrifft, meint der „Vorwärts“ weinerlich:  
„Und wenn die Sozialfaschisten Smeral an seine Vergangenheit erinnern, in der sie doch mit ihm ein Herz und eine Seele waren, so genügt es, die sozialdemokratischen Arbeiter dar-auf zu verweisen, daß Gen. Smeral im Gegensatz zu den Soukup und Konforten seine Fehler offen einbekennt, daß er sie aber durch seine heutige Tätigkeit ehrlich gut zu machen sucht, während die sozialfaschistischen Führer, ob sie nun Adler, Cech, Soukup oder Otto Bauer heißen, die Politik die sie während des Krieges betrieben haben, in der Gegenwart in neuer er-weiterter Auflage fortsetzen.“  
Dazu ist zu sagen, daß die Verwegenheit von ertrappten Volksbetrügnern dazu gehört, das heroische Verhalten eines Friedrich Adler, die un-tadelige Haltung eines Otto Bauer oder Ludwig Cech (der schon vor dem Kriege als Offizier degradiert wurde, während sich spätere Kommuni-sten darum gerissen haben, Offiziere zu werden) in einen Vergleich mit der Kriegsvergangenheit Smerals zu legen.  
Smeral war schwarzgelber Sozialpatriot von reinstem Wasser und ist deswegen mit den anderen Führern der tschechischen Sozial-demokratie in schwersten Gegensatz geraten.  
Nach dem Umsturz war er eine Zeit lang vor den tschechischen Arbeitern geradezu unmöglich, bis er seinen Radikalismus entdeckte und nach Moskau pilgerte. Und dieser Smeral macht heute in Antikriegsbewegung!  
Deswegen wir Cadin in einen Agenten des französischen Imperialismus nannten — seine Reise nach Italien und die Bestechung Mussolinis für Kriegpropaganda — wagt die kommunistische Presse ihren Lesern gar nicht zu verraten. Sie müßte sonst zugeben, daß dieser Vorwurf wahr ist. Solche Schönheitsfehler eines Antikriegskongresses kann nachträglich keine Druderschwärze abwaschen!

### Ein nationaler „Sozialist“.

Der „Tag“ vermittelt ein Bild des neuge-badenen deutschen Reichstagspräsidenten Goer-ting. Da erfährt man vom Werdegang dieses „Sozialisten“ und „Arbeiterparteilers“: Gym-nasium, Kadettenkorps, Haupt-ladettenanstalt, Leutnant, Pat.-Adjutant, Flugzeugbeobachter, Jagdflieger, Kommandeur des Jagd-geschwaders, Hauptmann, „Pour le merite“, Zivilflieger — National-sozialist. Lebte längere Zeit in Schweden und Italien (in letzterem länger 8. Red.) sammelte Eindrücke zu seiner politischen Schulung und wurde vom Chef mit schwierigen politischen Aufträgen betraut. An der Bürgerbräu-Keller-Revolution nahm er hervorragenden Anteil.  
Das ist der ganze nationale „Sozialist“ Goering.  
Wo, so hören wir fragen, hat er sich sozia-listisch betätigt, wo hat er Arbeiter-politik gemacht? Die Antwort: „Nie sollst du mich befragen...“  
„Chauvinismus bis zur Verblödung.“ Das „Pravo Lidu“ kennzeichnet die tschechische Seite gegen den deutschen Rundfunk in Prag mit fol-genden Worten: Was jetzt in der tschechischen Presse gegen den deutschen Rundfunk geschrieben wird, ist ekelregend. Blätter, deren Redakteure nicht einmal richtig tschechisch schreiben können, greifen das Radiojournal an, weil der deutsche Rundfunk zu lang sei. Wenn Viktor Dyk noch lebte, könnte er ruhig schreiben: Chauvinismus bis zur Verblödung.

Staub und Dred hüllt mich ein. Ich krieche auf allen Vieren vorwärts. Ich weiß nicht, wohin ich krieche, aber ich krieche. Vor mir stöhnt einer. Er sieht schrecklich aus. Ein großer Eisensplitter steckt ihm in der Stirn.  
„Genossen“, brüllt jemand, „die Blutsauger wollen, daß wir verrecken!“  
„Schinderei und Unfälle gibt es viel, aber keine Lohnherabsetzung!“  
Der Vertrauensmann Tonda erscheint.  
„Streik!“ ruft er.  
„Er putzt die Arbeiter auf!“ brüllt jemand.  
„Wir kämpfen für unsere Sicherheit im Betriebe und einen höheren Lohn!“ Tonda weh, was er will.  
Die Dampfströme heult. Das ist unser Alarmsignal. Jeder verläßt den Arbeitsplatz.  
„Feuer heraus!“  
Die Generatoren, Kessel, Dusen und Hoch-öfen müssen verlöschen.  
„Feuer heraus!“  
Draußen auf der Straße geht es los. „Der mit der Sozialisierung! Weg mit den Betriebs-pekulanten!“ Wir marschieren durch die Straßen und singen revolutionäre Lieder. In der Mitte des Reges trägt einer die rote Fahne.  
Nach drei Tagen ist wieder Versammlung. Einer von der Gewerkschaft spricht zu uns: „Genossen, ab morgen arbeitet ihr wieder! Ent-lassen wird niemand!“  
„Hurra, die haben Lunte!“  
Es war ihr Glück, daß sich die Herrschaften so schnell bekommen haben. Der neben mir schaut sich die Dolzlatte an, die er in der Faust hält: „Schade drum!“ und wirft sie weg.  
\*  
„Hoo—ruh!“  
Der Schweiß bricht aus allen Poren. Der Blut geht nicht vom Fleck. „Hoo—ruh!“ Nichts zu machen. „Da müssen mehr Leute her!“  
„Faule Hunde seid ihr.“ schnauzt der An-treiber. Das ist eine Bestie. Dafür trägt er

am Fronleichnamstag den Himmel. Die Kame-raden an den Dusen fluchen und ballen die Fäuste.  
„Paß auf!“  
Ja, da muß man geschwind sein und die Klappen auf den Budel schmeißen, wenn man nicht verbrennen will. Der Kran über uns hob einen glühenden Block hoch, der aus der Jange rutschte und niedersauste. Wenn ich nicht Schwein gehabt hätte, sähe ich jetzt dem Totengräber auf der Schaufel.  
So geht das nicht weiter!  
Ein Kamerad aus der Maria-Hilf-Grube wurde als Provokateur eingesperrt, weil er seine Kameraden zum Streik aufgefordert haben soll.  
„Der Kamerad muß freigelassen werden!“ brüllt Tonda.  
„Hurra, er muß raus!“  
Selbstverständlich, wir müssen ihn befreien. Das verlangt die Solidarität. Am Förderstuhl der Maria-Hilf-Grube weht eine rote Fahne.  
„Los!“  
Tonda stürmt voran. Ich bin an seiner Seite.  
Ein Wachaufgebot versperrt uns den Weg. Es wird uns schwer gelingen, hier durchzukom-men. Sie halten uns die Bajonette entgegen. Die Kameraden der Maria-Hilf-Grube umgehen das Wachaufgebot. Unter uns sind viele, die Front-soldaten waren.  
Auf der anderen Straßenseite steht ein Lattenzaun. Tonda reiht eine Latte los und schwingt sie: „Genossen, hopp!“ Vorwärts stürmen müssen wir, es nützt nichts. Wir schauen auf die Gewehrmündungen, die auf uns gerichtet sind. Wurst!  
„Sturm!“  
Schüsse fallen. Der neben mir bäumt sich auf, überschlägt sich und fällt um.  
Ich muß einen bekommen haben. Mir blutet der Kopf. Auch das Ohr ist verletzt. Ins Bett lege ich mich deshalb nicht. Die im Spital haben

keine große Freude, als sie mich sehen, aber sie wickeln mir den Schädel ein.  
\*  
Der Achtschudentag ist Geseh geworden. Wir singen aus voller Kehle. Hinter den Gardinen stehen die Speicher und staunen die Proleten auf der Straße an.  
Auf einer Fabrik weht eine schwarze Fahne. Wir legen sie herunter und verbrennen sie vor dem Tor. Die Herrschaften aus dem Haus müssen mit den Händen die Nase weagupen. Früher gehen wir nicht fort. Ja, sie sollen die organisierten Arbeiter kennen lernen.  
Dazu spielt die Musik, und die roten Fahnen wehen im Winde.  
„Es lebe der Achtschudentag!“  
Einige Tage später erfahren wir, daß die Nazis etwas gegen uns im Schilde führen. Wir sind über dreitausend Mann. In der Hauptstraße zerstreuen wir uns. Wir mischen uns unter sie. Ich staune, wie sich die paar Manderln über-haupt herausgetrauen. Wir machen erst den Platz voll.  
Wenn ihr Häuptling, der auf einer hohen Riste steht, nicht so viel reden würde, wäre es für ihn besser. Wir werden ihm den Feldzug ver-masseln.  
„Was schreit der Kerl? Unsere Führer lausen den armen Proleten das Geld aus der Tasche, damit ihre ausgefressenen Ranzen noch größer werden?“  
„Na, warte, Schweinhund!“  
„Bravo!“ brüllt einer neben mir. Er hat schon eine in die Presse.  
Tonda gibt das Zeichen. Wir fallen über sie her. Keiner spricht dabei ein Wort. Das geht wie am Schnürl.  
Ich erwische den auf der Riste. Ich glaube, ich habe einen Quarzspahn erwischt. Er schmiert sich in den Händen wie Knetgummi. Ich hau ihm noch eine herunter und werfe ihn den nächsten Kameraden in die Fäuste.  
(Fortsetzung folgt.)

### Schleicher rassel mit dem Säbel.

Ebing, 6. September. Reichswehrminister General von Schleicher nahm am heutigen Schlußtag der Divisionsübungen im Raume Ost-Ebing an den Übungen teil. Nachdem die Manöver abgeblasen waren, richtete der Minister an die Pressevertreter eine Ansprache, in der er u. a. ausführte: Die Provinz Ostpreußen fühle sich besonders bedroht. Unzweifelhaft sei zweierlei notwendig, einmal eine moderne Bewaffnung, die aber nicht mehr zu kosten brauche, zum anderen aber, daß jeder Ostpreuße für die Zukunft wisse, wie und wo er sein Vaterland im Ernstfalle zu verteidigen habe; denn einen Anspruch auf Verteidigung des Landes, wie man ihn z. B. der Schweiz zubillige, müsse auch Deutschland, insbesondere aber Ostpreußen, erheben dürfen. Das Recht eines jeden Staates, sich im Angriffsfall zur Wehr zu setzen, gebühre auch Deutschland. Das müsse hier in Ostpreußen besonders gesagt werden. Anschließend gab der Reichswehrminister auf Anfrage eines ostpreussischen Pressevertreters noch die Erklärung ab, daß die Regierung auf jeden Fall das durchzuführen werde, was für die nationale Verteidigung notwendig sei. Er könne Ostpreußen versichern, daß alle Mittel zu seiner Verteidigung, im Notfall auf dem Seeweg, beschafft würden. Deutschland lasse es sich nicht länger gefallen, als eine Nation zweiter Klasse behandelt zu werden.

### Reichsbahn entläßt Angestellte.

Im Zeichen der Rotverordnung. Im Zusammenhang mit der neuen Verordnung zur Belebung der Wirtschaft haben die Redaktionen über umfangreiche Entlassungen bei der Reichsbahngesellschaft in der Öffentlichkeit eine gewisse Beunruhigung hervorgerufen. Aus Kreisen der Reichsbahnhauptverwaltung wird zu diesen Meldungen erklärt, daß es sich bei diesen Entlassungen zum Teil um saisonmäßig bedingte Entlassungen handelt und daß darüber hinaus der starke Verkehrsrückgang weitere Entlassungen notwendig macht. Die Reichsbahnhauptverwaltung hat lange gezögert, ehe sie zu diesen Entlassungen geschritten ist. Sie ist sich der Härte der Maßnahme durchaus bewußt und hat mit den Entlassungen bis zum letzten Augenblick gewartet. Im unterrichteten Kreise wird es als obwegig behandelt, diese Entlassungen bei der Reichsbahn in einen psychologischen Zusammenhang mit der neuen Verordnung zu bringen. Bei diesen Entlassungen handelt es sich um den Abschluß einer wirtschaftlichen Entwicklung, die keine andere Lösung mehr hoffen ließ.

Zur Einschränkung des Personals bei der Reichspost wird aus Kreisen des Reichspostministeriums betont, daß nur ein ganz geringfügiger Teil des Personals zur Entlassung kommen wird, der in dem gesamten Personalapparat der Reichspost überhaupt keine Rolle spielt. Im übrigen sind sowohl hinsichtlich der Höhe der Personalentlassungen bei der Reichsbahn wie auch bei der Reichspost noch keinerlei endgültige Entscheidungen getroffen.

### Aufhebung der Notverordnung beantragt.

Berlin, 6. September. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat, wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, einen Antrag eingebracht, in dem die Aufhebung der Notverordnung zur Belebung der Wirtschaft vom 4. September und der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September verlangt wird.

### „Reich der Reichen, da stehst du, Juahel!“

Die Unternehmer klatschen Beifall.

Berlin, 6. September. Das Aufbelebungsprogramm der Reichsregierung wird in einer heute gefassten Entschließung des Parteivorstandes der Deutschen Volkspartei durchaus begrüßt. Bedenken in einzelnen Fragen müßten, so sagt die Entschließung, bewußt hinter dem Willen zurücktreten, nimmere alle Kräfte anzuheuern, um das große Ziel der Wiederkehr wirtschaftlichen Vertrauens und Arbeitswillens (!) zu erreichen.

### Oesterreichs Beglückung vertagt.

Wien, 6. September. Der für den 18. und 19. September nach Wien einberufene Kongreß der österreichischen Nationalsozialisten, zu dem auch Adolf Hitler erscheinen sollte, wurde auf das nächste Frühjahr verlagert unter dem Vorwande, daß Hitler von der österreichischen Regierung nicht rechtzeitig die Bewilligung zur Reise nach Oesterreich erteilt wurde und Hitler auch sonst voll beschäftigt ist.

### Wirtschaftsblockade gegen Bolivien und Paraguay.

Buenos Aires, 6. September. (Reuter.) Ansoffizier verlautet, daß Argentinien, Brasilien, Chile und Peru übereingekommen sind, unverzüglich gegen Bolivien und Paraguay eine Wirtschaftsblockade zu eröffnen, für den Fall, daß zwischen diesen beiden Staaten neuerlich Feindseligkeiten ausbrechen sollten.

### Scharfe Sprache des deutschen Außenministers.

## Generale machen Außenpolitik.

Sie sagen Gleichberechtigung und meinen Aufrüstung. Aufrüstung aller ist notwendig.

Berlin, 6. September. Der Reichsminister des Auswärtigen hat heute einen Vertreter des „W.B.“ empfangen, um ihm das Schriftstück zur Veröffentlichung zu geben, das er als Resümee seiner mündlichen Darlegungen des deutschen Standpunktes in der Aufrüstungsfrage vom 29. August dem hiesigen französischen Botschafter ausgehandelt hat. Freiherr von Neurath hat sich bei dieser Gelegenheit über den Zweck des Schriftstückes und über die Gründe seiner Veröffentlichung u. a. wie folgt geäußert:

Der deutsche Schritt bei dem französischen Botschafter war nichts Ungewöhnliches oder Ueberreichendes. Ich brauche kein Geheimnis daraus zu machen, daß im unmittelbaren Anschluß an die letzten Konferenzverhandlungen noch in Genf selbst von den deutschen und französischen Vertretern die Aufnahme über das Thema der Gleichberechtigung verhandelt wurde. Die Gründe, die die französische Regierung jetzt zur Mitteilung unseres Verhandlungsvorschlages an die am sogenannten Vertrauenspakt beteiligten Regierungen veranlaßt haben, sind mir nicht bekannt. Wer wollte bezweifeln, daß der offene Meinungsaustrausch über auftauchende politische Probleme, wie ihn der Vertrauenspakt empfiehlt, stets eine vortreffliche Methode ist? Die deutsche Regierung ist deshalb auch dem Vatte beigetreten. Der Pakt kann doch aber unmöglich den Zweck haben, eine diplomatische Unterhaltung zu Zweien oder Dreien zu verbieten und für jede politische Frage, welcher Art auch immer, von vornherein ein förmliches Verfahren vor dem Forum aller dem Pakt beigetretenen Regierungen vorzuschreiben. Ob in Fragen der Aufrüstung ein solches Verfahren überhaupt in Betracht kommen kann, möchte ich ganz dahingestellt sein lassen. Jedenfalls will es mir scheinen, daß die bisher dem Pakt beigetretenen Länder, zu denen eine Reihe wichtiger europäischer Staaten nicht gehört, kein Exerzium darstellen, das für Aufrüstungsfragen eine besondere Zuständigkeit in Anspruch nehmen könnte. Selbstverständlich hat die deutsche Regierung nicht daran gedacht, die von ihr gewünschten Besprechungen mit der französischen Regierung vor anderen Regierungen geheim zu halten. Jedenfalls war die Reichsregierung der Ansicht, und ist es auch heute noch, daß im vorliegenden Falle eine Aussprache zwischen Deutschland und Frankreich der gegebene Weg ist, um eine Einigung zwischen allen beteiligten Mächten anzubahnen. Sollte, was ich nicht hoffe, die Anwendung des Vertrauenspaktes seitens der französischen Regierung die Bedeutung haben, daß diese jetzt zu einer unmittelbaren deutsch-französischen Aussprache nicht bereit ist, so wäre eine neue Lage geschaffen, die neue Entschlüsse der Reichsregierung notwendig machen würde.

So viel steht aber schon heute fest, daß es für Deutschland nicht möglich ist, sich an den weiteren Beratungen der Aufrüstungskonferenz zu beteiligen, bevor die Frage der deutschen Gleichberechtigung nicht eine grundsätzliche Klärung gefunden hat. Unsere Gleichberechtigung, nicht unsere Aufrüstung, ist der Punkt, den wir zur Debatte gestellt haben. Wir warten jetzt länger als zehn Jahre auf die Erfüllung unseres Anspruches. Die Aufrüstungskon-

ferenz ist an einem Punkte angelangt, wo die Entscheidung über unsere Gleichberechtigung fallen muß und keine Konferenzmacht sich mehr einer klaren Stellungnahme zu dieser Frage entziehen darf. Niemand kann Deutschland zumuten, sich noch länger mit einer Diskriminierung abzufinden, die mit der Ehre des deutschen Volkes und seiner Sicherheit unvereinbar ist.

In dem oben erwähnten Schriftstück Neuraths heißt es u. a.:

Deutschland hat stets gefordert, daß die anderen Staaten auf einen Rüstungsstand abzurufen, der dem Rüstungsstand entspricht, der Deutschland durch den Vertrag von Versailles auferlegt worden ist. Damit wäre dem Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung in einfachster Weise Rechnung getragen worden. In ihrem großen Bedauern hat jedoch die deutsche Regierung aus der Resolution vom 23. Juli ersehen müssen, daß die Konvention weder in den Reichshöfen noch im Umfang der Aufrüstung dem Muster von Versailles entsprechen wird. Die Lösung kann deshalb nur die sein, daß die Aufrüstungskonvention für Deutschland an die Stelle des Teiles 5 des Vertragserlasses tritt, und daß hinsichtlich ihrer Geltungsdauer sowie hinsichtlich des Rechtszustandes nach ihrem Ablauf keine Sonderbestimmungen für Deutschland gelten.

Die deutsche Regierung kann allerdings nicht darauf verzichten, daß in der Konvention das Recht Deutschlands auf einen seiner nationalen Sicherheit entsprechenden Rüstungsstand in geeigneter Weise zum Ausdruck kommt. Sie ist jedoch bereit, sich für die Laufzeit der ersten Konvention mit gewissen Modifikationen ihres Rüstungsstandes zu begnügen.

Auf dem Gebiete der qualitativen Aufrüstung ist die deutsche Regierung bereit, jedes Waffenverbot zu akzeptieren, das für alle Staaten gleichmäßig zur Wirkung kommt. Dagegen müßten diejenigen Waffenkategorien, die durch die Konvention nicht allgemein verboten werden, grundsätzlich auch Deutschland erlaubt sein.

Was das Wehrsystem anbetrifft, so muß die deutsche Regierung auch für sich das Recht aller anderen Staaten in Anspruch nehmen, es im Rahmen der allgemeinen gültigen Bestimmungen so zu gestalten, wie es den Bedürfnissen sowie den wirtschaftlichen und sozialen Eigenarten des Landes entspricht. Die deutsche Regierung wird stets zur Erörterung von Plänen bereit sein, die dazu dienen, die Sicherheit für alle Staaten in gleicher Weise zu festigen.

In der Tat liegen die Dinge heute so, daß die Frage der deutschen Gleichberechtigung nicht mehr länger offen bleiben darf. Die Notwendigkeit ihrer Lösung ergibt sich aus dem bisherigen Verlauf und dem jetzigen Stande der Genfer Aufrüstungsverhandlungen, darüber hinaus aber auch aus Gründen, die mit der allgemeinen internationalen Lage zusammenhängen. Es wird wesentlich zur Beilegung der bestehenden Spannungen und zur Beruhigung der politischen Verhältnisse beitragen, wenn endlich die militärische Diskriminierung Deutschlands verschwindet, die vom deutschen Volke als Demütigung empfunden wird, und die zugleich die Herstellung eines ruhigen Gleichgewichtes in Europa verhindert.

### Stimmen der sozialistischen Internationale.

### Das deutsche Memorandum im Urteil der belgischen Genossen.

Zur deutschen Initiative in der Aufrüstungsfrage nimmt der sozialistische Senator de Brouckere, ein Mitglied der belgischen Delegation auf der Aufrüstungskonferenz, im „Peuple“ Stellung. Die Forderung nach Gleichberechtigung, schreibt er, kann uns nicht erschrecken, sondern erscheint uns als ein ganz natürliches. Es wäre ein Wahnsinn zu glauben, daß Europa dauernd unter einem System der Ungleichheit leben und sich organisieren kann. De Brouckere tritt sodann

### für die Gleichheit durch Aufrüstung

ein. Die allgemeine Demobilisierung, schreibt er, müsse zwar in Abschnitten, aber mit größter Beschleunigung völlig durchgeführt werden und so werde es zur Gleichheit durch die Aufrüstung kommen. Für Gefahren, die durch ein aufrüstetes Deutschland entstehen könnten, seien die Alliierten selbst verantwortlich. Wir haben, so fährt de Brouckere fort, diese Entwicklung immer vorausgesehen für den Fall, daß die Alliierten von 1914 starrsinnig bis an die Zähne bewaffnet bleiben würden in offenkundiger und flagranter Verletzung der von ihnen eingegangenen Verpflichtungen. Angesichts der neuen Tatsache, so schließt de Brouckere, müßten sich

alle Gutgefinten zu beiden Seiten des Rheins zusammenfinden,

um zu verhindern, daß die Welt neuerdings dem Kriege zuflueht.

### Englische Arbeitslosenziffern im Steigen.

Die Zahl der Arbeitslosen Großbritanniens betrug am 22. August 2.850.828, d. i. 48,046 mehr als am 25. Juli und 126.046 mehr als im entsprechenden Zeitraum des Vorjahres.



Mexikos neuer Präsident.

Zum Nachfolger des bisherigen Präsidenten von Mexico, Ortiz Rubio, der seinen Abschied eingereicht hat, ist der bisherige Kriegsminister Rodriguez ernannt worden.

### Aus der Arbeiter-Turn- und Sportbewegung.

#### Sportleistungsprüfungen der Fußballer.

Am 1. Turnbezirk des 5. Kreises wurde erstmalig der Versuch unternommen, verpflichtende sportliche Übungen der Fußballer einzuführen. Zu Beginn der Herbstserie fand im Aufstiegsstadion eine Leistungsprüfung im Laufen, Fußballweitstoßen, Fußballentwerfen und Stosstentläufe statt. Es beteiligten sich ca. 200 Fußballer. Wenn diese Einrichtung weiter ausgebaut wird, wird dies für die Fußballbewegung von großem Nutzen sein.

#### Länderkampf:

Am 9. Oktober l. J. findet ein Fußballländerkampf Deutschland — Tschechoslowakei „Atus“ im Aufstiegsstadion statt. Vorher absolviert die reichsdeutsche Mannschaft ein Spiel gegen die österreichische Ländermannschaft in Dresden. Der Atus wird durch ein Auswahlspiel am 2. Oktober die besten Leute für das Länderspiel feststellen.

#### Atus-Rundfunkhörer:

Heute, Mittwoch, 6.25 Radiosendung Dr. Gruchka und Reipner, Zweigespräch Lehrer und Arzt, „Arbeiterkind und Krise“.

### Blut fließt in ukrainischen Provinzen Polens.

Infolge der schweren Wirtschaftskrise und der politischen Unterdrückung finden zahlreiche oppositionelle Bauernversammlungen in Polen statt, die oft mit blutigen Zusammenstößen mit der Polizei enden. In den östlichen Gebieten Polens, die von den Ukrainern bevölkert sind, ist die Lage außerordentlich trostlos. Die chauvinistische polnische Regierung hemmt jede kulturelle, politische und wirtschaftliche Organisationsarbeit der Ukrainer. Vor einigen Wochen wurden fast alle ukrainischen Bildungsvereine, „Prohivita“, in Wolhynien und Polessien behördlich geschlossen, die ukrainischen Genossenschaften werden liquidiert, die ukrainische Sprache wird aus der Schule gänzlich verdrängt. Während die landarmen ukrainischen Bauern keine Möglichkeit haben, die Güter der Großgrundbesitzer zu kaufen, kommen die polnischen Kolonisten und parzellieren mit Hilfe des Staates den von ältesten Zeiten ukrainischen Grund und Boden.

Die Folgen dieser Gewaltpolitik aller polnischen Regierungen kommen nun in den Aufständen der ukrainischen Bevölkerung zum Ausdruck, die auf diese Weise gegen die politische und soziale Unterdrückung protestiert. Mitte August l. J. begann die Tätigkeit der Aufständischen in Polessien. Man kennt die Zahl der Aufständischen nicht. Ihr Stab befindet sich in Zampfen und verbreitet Flugblätter in ukrainischer Sprache. Die polnische Regierung hat Militär, Flugzeuge, Panzerautos u. a. zur Unterdrückung des Aufstandes geschickt. Man gibt die polnischen Streitkräfte in Polessien folgendermaßen an: über 1500 Polizisten, vier Schwadronen Kavallerie, drei Infanterieregimenter, vier Flugzeuge, Rundfunkabteilungen usw. Das polnische Militär hat alle Dörfer in Polessien und Wolhynien besetzt. Das Militär verbrennt die Ernte der ukrainischen Bauern. Man hängt jedermann, den man für einen „Verdächtigen“ hält. Am 17. August hat das polnische Militär in der Nähe von Powursk zwölfsjunge Ukrainer gehängt.

Der sechste Kongreß der sozialistischen Internationale für Körpererziehung findet vom 9. bis 11. September in Lüttich in Belgien statt. Diese Internationale vereinigt zwei Millionen Mitglieder und das Netz ihrer Ortsgruppen umspannt fast die ganze Erde. Das Sekretariat befindet sich in Prag. Der Kongreß soll eine Reihe von Erziehungsfragen erledigen, über die zweite Arbeiterolympiade, die im vergangenen Jahre in Wien stattfand, beraten und Ort und Zeit der Veranstaltung der dritten Olympiade bestimmen. Weiter wird über Frauenturnen, über internationale Sportbeziehungen, über die Aenderung der Satzungen der Internationale usw. referiert werden. Dem Kongreß gehen Konferenzen der geistigen Arbeiter sämtlicher nationaler Verbände, Sitzungen der Exekutiv- und des internationalen Bureau voraus. Die sozialistische Arbeiterinternationale wird beim Kongreß von ihrem Präsidenten Vandervelde, die Gewerkschaftsinternationale von Generalsekretär Schwenele vertreten sein.

### Der Streik von Lancashire.

Manchester, 6. September. Der Sekretär des Arbeitgeberverbandes der Lancashire Baumwollindustrie erklärt, der Exekutivauschuh des Verbandes werde morgen zu einer Sitzung zusammentreten, um zu dem Schreiben des Arbeitsministers Stellung zu nehmen. Auch der Sekretär des Arbeiterverbandes gibt bekannt, der Exekutivauschuh der Federation der Baumwollarbeiter werde am Donnerstag eine Sitzung abhalten, um über das Schreiben des Ministers Betterton Beschluß zu fassen.

### Eine Unterstützungs-Aktion.

New Castle, 6. September. In der heutigen Sitzung des Kongresses der Trade Union teilte der Vorsitzende mit, daß unter der Patronanz des Kongresses eine Zentralkasse für die Bedürfnisse der Angehörigen der Baumwollindustrie organisiert werde und daß sämtliche angeschlossenen Syndikate aufgefordert würden, aus den eigenen Kassenbeständen hierzu beizutragen. In jeder Gemeinde werden Sammlungen veranstaltet und zu Wochenende mit Hilfe der Presse die Öffentlichkeit aufgefordert werden, diese Hilfsaktion zu unterstützen. Auch Schuhe und Kleider würden gesammelt werden.

### Englische Gewerkschaften gegen die Regierung.

New Castle, 6. September. Der Trade Unionen-Kongreß genehmigte einstimmig eine Resolution, die die ernste Beunruhigung über das Anwachsen der Zahl der Arbeitslosen ausdrückt. Dieses Anwachsen habe die Politik der jetzigen Regierung verschuldet, die die Löhne herabgesetzt und den Umfang des sozialen Dienstes verringert hat. In der Resolution wird die Regierung aufgefordert, eine Politik zu verfolgen, die auf die Beilegung der Kriegsschulden und der Reparationen hinzielt und die Herabsetzung der Zölle anstrebt. Die Regierung müsse dafür sorgen, daß die Arbeitslosen Arbeit erhalten.

# Tagesneuigkeiten

## Die Tempelhofer Parade.

Befindet sich in Hitlers Händen  
Doch mehr das Kropfzeug rüder Schläger,  
So ist in Seldtes Nestbestander  
Die begre Note etwas reger.

Man sah viel wohlgepflegte Herren  
Mit einer Brust voll Ordensschnallen,  
Die sich der Ansicht nicht versperren,  
Es mügte bald mal wieder knallen.

Sie schmissen steil von den Gefäßen  
Die Beine, daß die Gegend dröhnte.  
In jedem Antlitz stand zu lesen,  
Daß es sich nach Kaserne sehnte.

Daß jeder einen Blick erschnappe  
Von prinziplichen Antiquitäten,  
War auch die einstige Etappe  
In großer Anzahl angetreten.

Die Männer, die voll Orden bammeln  
Und die nach neuen Kriegen trachten,  
Die müßten alle Staaten sammeln  
Und in ein ödes Land verfrachten.

Dann mögen sie mit Mordmaschinen  
Austilgen sie mit Mordmaschinen  
Austilgen sich an fernem Gelsen.  
So wäre uns und wäre ihnen,  
So wär' der ganzen Welt geholfen!  
Hans Bauer.



Die Nordrampe der Großglockner-Hochalpenstraße eröffnet.

Die Nordrampe der Großglockner-Hochalpenstraße, die Salzburg und Kärnten verbindet, ist jetzt eröffnet worden. Es wird nun möglich sein, von München aus über Reichenhall und Zell am See an einem Tage nach Italien zu kommen. Der Ausgangspunkt der neuen Straße liegt im Pinzgau, sie führt dann über Fernleitens und die Pissalpe zum Großglocknerhaus, von dort über Heiligenblut nach Kärnten.

## Arbeiterdod durch kapitalistische Ausbeutungslucht.

Im Steinbruch, Radischer Berg, bei Konstantinshad werden bei Akkordarbeit die niedrigsten Lohnsätze in der ganzen Republik gezahlt. Die Bildung einer freien Gewerkschaftsorganisation wurde dort bisher mit allen Mitteln verhindert. Als es trotzdem im Herbst des Jahres 191 gelang, einen Teil der Arbeiterkraft in die Organisation zu bringen, wurde der Betrieb auf längere Zeit eingestellt, die Mehrzahl dieser Arbeiter eingekerkert, sie von der Organisation wieder abgelenkt, willfähige Arbeitsklaven dadurch wieder geschaffen. Um doch einige Kronen zu verdienen, wird der Arbeiter gar nicht Zeit gelassen, sich umzusehen, um sich klar zu werden, daß sie in beständiger Lebensgefahr sich befinden. Von gesetzlichen Schutzbestimmungen ist keine Spur. Die Steinwand ist 20 bis 35 Meter hoch, ohne Abfah, sehr oft hängt noch Abraum über. Am Nachmittag des 3. September d. J. wurde geschossen. Der Arbeiter Alfred Kuger wollte nachsehen, stürzte mit den losgesprengten Steinmassen 20 Meter in die Tiefe, wurde in schwerverletztem Zustande nach Anlegen eines Korbverbandes durch Dr. Langer in das Spital nach Plan überführt, wo er am Sonntag, den 4. September, seinen Verletzungen erlag. Ein blühendes Menschenleben wurde durch das kapitalistische Ausbeutungssystem vernichtet. Von diesem Unglück wurden die Bezirksbehörde und das Gewerbeinspektorat in Plan durch das Bauarbeitersekretariat in Marienbad verständigt, um den Tatbestand aufzunehmen, die Schuldigen entsprechend zu bestrafen, Vorkehrungen zu treffen, daß dieser Steinbruch nach den gesetzlichen Schutzbestimmungen betrieben wird. Die Arbeiterkraft wird die bisherige Furcht ablegen und sich eine Organisation schaffen müssen, um endlich auch hier menschenwürdige Löhne und Zustände zu erreichen.

### Tod im Schacht.

In den ersten Morgenstunden des 3. September fand der Bergarbeiter Karl Zilner im Betriebe des Marienschachtes in Schachlar den Tod, indem er von einer Unterlags verkehrenden Grubenlokomotive, welche einen Zug Hunde vor sich hertrieb, erfaßt und auf der Stelle getötet worden sein soll. Ob fremdes Verschulden vorliegt — es wird von einem solchen gesprochen — wird die amtliche Kommission festzustellen haben. Der Getötete stand im 55. Lebensjahre, war ledig und Ernährer einer alten Mutter. Wir werden auf den Unfall noch zurückkommen.

### Bestien.

Eine Pflegemutter martert Kinder zu Tode.

Aus Kaschau wird berichtet: Im Walde bei Seobus wurde eine Kindesleiche gefunden. Die angestellten Erhebungen brachten die bestialische Veranlagung einer Frau Fedor aus Kopant ans Tageslicht. Die Frau, anscheinend eine Sadistin, hat armen Vätern aus der Umgebung Säuglinge mit dem Versprechen herausgelockt, daß sie die Kinder aufziehen wolle. Hat sie ein Kleinkind erhalten, so hat sie es so lange gequält und gemartert, bis es starb. Die Frau gestand, das erste Verbrechen vor sechs Jahren begangen zu haben und bekannte sich zur Ermordung von vier Säuglingen. Die Nachforschungen, ob und wieviel Säuglinge der barbarischen Frau zum Opfer gefallen sind, sind noch weiter im Gange.

### Lustmord an einem 16jährigen.

In der Umgebung der oberösterreichischen Ortschaft Buch in der Nähe der bairischen Grenze wurde die Leiche des sechzehnjährigen Sohnes des Fischereimeisters Kürbeck aus Gladensee aufgefunden. Die Leiche war völlig

unbekleidet und wies zahlreiche Schnittwunden an Hals und Unterleib auf. Nach längerer Erhebung gelang es der Gendarmerie, als Mörder den vielfach vorbestraften Karl Zimmerhof aus Burghausen auszuforschen und zu verhaften. Anfangs leugnete er, gestand jedoch später das Verbrechen ein. Er gab an, daß er sein Opfer zufällig auf der Landstraße begegnet habe und bei seinem Anblick eine plötzliche Lust zum Morden verspürt habe. Er fügte dem Jungen zuerst einige Schnittwunden zu. Nachher stach er blindlings auf sein Opfer mit dem Messer ein. Der Knabe schrie vergebens um Hilfe. Der festgenommene Mörder, der schon einmal ein Sittlichkeitsverbrechen an einem jungen Mädchen verübt hat, wurde dem Gericht eingeliefert.

### Gifttod eines Bischofs?

Budapest, 6. September. Der griechisch-katholische Bischof Stefan Novak, der seine Residenz in Eperies nach dem Umsturz verlassen mußte, ist in einem Budapest Spital plötzlich gestorben. Die Todesursache konnte noch nicht einwandfrei festgestellt werden und auch die dem Tode vorangegangenen Umstände sind den Blättern zufolge nicht völlig aufgeklärt. Bischof Novak wurde auf offener Straße bewußtlos aufgefunden und von der Rettungsgesellschaft in ein Spital gebracht. Die ärztliche Untersuchung konnte keine einwandfreie Diagnose aufstellen. In der Nacht verfiel Bischof Novak in Agonie und starb nach wenigen Minuten. Als unmittelbare Todesursache haben die Ärzte Herzschlag konstatiert, doch erscheint es als wahrscheinlich, daß dieser Herzschlag die Folge einer Vergiftung ist. Dies wäre aber um so unerklärlicher, da nach Angabe der Angehörigen des Verstorbenen dieser seine Wohnung kurz vor seiner Auffindung auf der Straße vollkommen gesund verlassen hat. Man hofft, durch eine Obduktion der Leiche den mysteriösen Tod des Bischofs aufklären zu können.

## 200 Todesopfer amerikanischer Massenaussflüge!

New York, 6. September. Die Feier des amerikanischen „Labour Day“ hat eine Reihe von Opfern gefordert. Bei den an diesen Tagen üblichen Ausflügen sind nach den bis Mitternacht vorliegenden Meldungen 200 Personen ums Leben gekommen. Die Todesfälle sind in erster Linie auf Kraftwagenunfälle zurückzuführen. Viele Menschen sind auch beim Baden ertrunken. Die große Hitze hat gleichfalls viele Erkrankungen verursacht. Bei einer Parade der Feuerwehrmannschaften sind allein in Washington 250 Personen infolge der Hitze ohnmächtig geworden.

## Frau Haislip bricht den Frauenschnelligkeitsrekord.

Cleveland (Ohio), 6. September. (Reuter.) Die bekannte amerikanische Pilotin Frau Haislip hat gestern den Frauenschnelligkeitsrekord für Landflugzeuge überboten. Die Pilotin absolvierte vier Runden zu je drei Kilometern mit einer Durchschnittsgeschwindigkeit von 233,95 Meilen in der Stunde. Die Pilotin unternahm hierbei den Versuch, ihren Rekord noch zu verbessern und durchflog zum fünftenmale die Runde mit einer Schnelligkeit von 268,7 Meilen in der Stunde. Da jedoch für die Errechnung des Schnelligkeitsrekordes vier Runden vorgeschrieben sind, sah sich die Jury genötigt, diese Runde gemeinsam mit den drei vorhergehenden Runden durchzurechnen, was eine Durchschnittsgeschwindigkeit von 255,513 Meilen in der Stunde ergab.

Die Villa. Darf ein sozialdemokratischer Vertrauensmann Besitzer eines Hauses sein? Es gibt hierzulande tausende Arbeiter, besonders in den kleineren Orten, die Besitzer kleiner Häuser sind. Bauvergütungsgesetze, die starken Anreiz auch zur Schaffung kleiner Eigenheime schufen, wurden auch von sozialdemokratischen Arbeitern benützt. Baugenossenschaften erleichterten die Erwerbung kleiner Häuschen. Eigenheim, eigener Herd, Verwurzelung im Heimatboden — wird nicht das alles sehr gepriesen von den deutschen Bürgerparteien? Es wird! Wer „besitzt“, und sei es auch nur ein verschuldetes Häuschen, steht in ihren Vorstellungen von menschlicher Rangordnung schon ein wenig höher. Aber wenn ein sozialdemokratischer Vertrauensmann ein Häuschen besitzt! Die Parteigrundsätze verbieten es nicht. Die Parteigenossen haben selbstverständlich auch nichts dagegen. Aber für die Deutschbürgerlichen wird das zu einer „moralischen Frage“. Sie werfen ihm den Hausbesitz vor. Das Haus des sozialdemokratischen Vertrauensmannes wird zu einem „Argument“ gegen die Sozialdemokratie. Der sozialdemokratische Bürgermeister der Stadt Fischern bewohnt ein kleines Haus, das durch eine Baugenossenschaft gebaut wurde. Die Nationalsozialisten erhöhen das Haus zur „Villa“ und machen den Bürgermeister zum „Billenbesitzer“, und was sonst in den Augen des Bürgers eine Tugend ist, die Sehaftigkeit im eigenen Häuschen, wird zu einem sozialdemokratischen Verbrechen. Und der „Billenbesitz“ des sozialdemokratischen Bürgermeisters wird zum „Schlagwort“ der nationalsozialistischen Wahlpropaganda. Es gibt zehntausende „kleiner Leute“, die solche Hausbesitzer sind. Unter ihnen nicht wenige Nationalsozialisten. Dagegen wendet natürlich die nationalsozialistische Moral nichts ein. In der Stadt Karlsbad, also gar nicht so fern von Fischern, besitzt der nationalsozialistische Abgeordnete Professor Geyer eine stattliche Villa. Dagegen haben natürlich die Nationalsozialisten nichts einzuwenden. Selbstverständlich nicht! Dem wenn Mensch nicht gleich Mensch ist, nach der Lehre des nationalsozialistischen Theoretikers Rosenbergs, dann kann auch Villa nicht gleich Villa sein. Wenn fünf Nationalsozialisten einen wehrlosen Arbeiter ermorden, so ist dagegen nichts einzuwenden, weil ja Seele nicht gleich Seele ist, der Ermordete bloß ein Marxist war. Wenn ein nationalsozialistischer Führer Besitzer einer ansehnlichen Villa ist, so ist er durchaus berechtigt, dem sozialdemokratischen Vertrauensmann den Besitz eines Häuschens vorzuwerfen. Schließlich braucht er es ja nicht selber zu tun, er kann diese völkisch-sittliche Arbeit einem anderen überlassen.

## Kindertod auf Eisenbahnschienen. Zwei Tragödien: bei Tetschen und bei Pardubitz.

Aus Tetschen wird uns berichtet: In Bacheladorf bei Tetschen spielten die beiden Kinder des dortigen Bahnaufsehers im Garten, der gegen die Bahn durch einen Zaun abgeschlossen ist. Das ältere Kind ließ den Riegel der Gartentür offen, so daß das 16 Monate alte Kind auf den Bahnkörper gelangte, wo es von einem Personenzug erfaßt und ihm der Kopf vom Rumpf getrennt wurde. Beide Eltern waren beschäftigt. Die Mutter sprang aus Verzweiflung in den Polzenflug, wurde jedoch noch rechtzeitig gerettet.

### Selbstmord eines Zwölfjährigen?

Pardubitz, 5. September. Gestern nach 19 Uhr ereignete sich auf der Strecke Pardubitz-Böhm. Tribau ein Unglücksfall. Knapp neben der Strecke spielten einige Kinder Fußball. Nach Beendigung des Spieles verblieb der 12jährige Gymnasiast Anton Trojan aus Pardubitz auf dem Spielplatze. Wahrscheinlich lief er über die Strecke und wurde hiebei

### Vom Randhank

Donnerstag.  
Prag: 6.15 Gymnastik, 11.00 Schallplatten, 17.55 Schallplatten, 18.25 Deutsche Sendung: Dr. Moucha: Das gute Buch, 20.00 Hadrian von Hims, Schauspiel aus Burian-Theater. — Brinn: 18.00 Frauenfunk, 18.25 Deutsche Sendung: Dr. Steinmeyer: Der soziale Roman. — Mähr.-Odrau: 12.30 Orchesterkonzert, 18.25 Deutsche Sendung: Salter: Stehlen der Kinder und wie man es verhindern kann. — Berlin: 17.05 Chöre Berliner Komponisten, 21.35 Kabarett. — Hamburg: 20.00 Die deutsche Oper. — Königsberg: 20.00 Oberst Chabert, Drama nach Balzac. — Langenberg: 20.00 Von der Höhe zur Tiefe, 20.40 Sinfoniekonzert. — Leipzig: 20.00 Das Lied von der Mode. — Mähr.-Odrau: 20.30 „Der Liebestrank“, Oper von Donizetti, 22.10 Chinesische Kriegsblut. — München: 21.10 Opernabend. — Wien: 15.20 Pieder und Arien, 19.50 Orchesterkonzert.

Es gibt genug andere, die das tun. Genug Leute, die virtuos die nationalsozialistische Moral handhaben: was der Sozialdemokrat tut ist auf jeden Fall schlecht! Und so wenig die Fallten in den eigenen Augen hindern, nach Splittern in den Augen der Gegner zu suchen, so wenig der Billenbesitzer besserer Pg., dem Sozialdemokraten den Besitz eines Häuschens vorzuwerfen. Die Villa des nationalsozialistischen Führers, lieber Pg., die ist natürlich etwas ganz anderes! — fb —

Johann Hellebrand gestorben. Wiederum ist einer der alten Garde von uns gegangen: Johann Hellebrand aus Katharrein bei Troppau, ist am vergangenen Samstag plötzlich gestorben. Hellebrand, der ein Alter von 75 Jahren erreichte, war von frühester Jugend an in der Arbeiterbewegung tätig. Erst hatte er sich den Radikalen angeschlossen und bald bekleidete er wichtige Vertrauensämter in der geeinten Partei. Die Gewerkschaftsbewegung Schlesiens zählt ihn zu seinen Begründern. Sein reiches, trotz Not und Verfolgung erworbenes Wissen befähigte ihn zur Betreuung der Bildungsarbeit schon in den ersten Anfängen unserer Arbeiterbewegung. Bis in sein hohes Alter sah Hellebrand hinter den Büchern, die er über alles liebte. Auch nach dem Krieg hatte er wichtige Parteiämter inne, so gehörte er von 1919 bis 1927 der Gemeindevertretung Katharrein an. — Wir werden dem Genossen Hellebrand und seinem heispielgebenden Wirken ein dauerndes Andenken bewahren.

Autoraferei. Ein Reisender einer Leipziger Firma fuhr in Freiberg mit seinem Kraftwagen gegen einen Wirtschaftsgeliffen aus Brand-Erbisdorf, der einen mit zwei Kindern besetzten Kinderwagen vor sich hertrieb, von hinten an. Der Wirtschaftsgeliff wurde mit den beiden Kindern die Straßenschwung hinab in den Straßengraben geschleudert. Dabei erlitt er und ein zweijähriges Kind so schwere Verletzungen, daß der Tod sofort eintrat. Das andere Kind ist auf dem Transport zum Krankenhaus gestorben. Der Kraftwagenlenker behauptete, er sei von dem Scheinwerferlicht eines entgegenkommenden Kraftwagens geblendet worden. — In Hühnerfeld (im Saargebiet) geriet ein Kraftwagen mit drei Insassen, die an einem Fußballspiel teilgenommen hatten, auf der Rückfahrt in der Nähe von Neunkirchen infolge eines Reifenschadens ins Schleudern und stürzte um, wobei er die Fahrteilnehmer unter sich begrub. Einer von ihnen war sofort tot. Der Führer erlitt schwere Kopfverletzungen, während der dritte Insasse einen Oberschenkelbruch davontrug. Die beiden Verletzten wurden ins Neunkirchner Krankenhaus gebracht.

Drittes Opfer. Der 17jährige Sohn Heinz des Reichsbahnassistenten Hillers ist, wie sein Vater und sein Bruder, im Krankenhaus in Braunschweig der gemeldeten Wurstvergiftung ebenfalls erlegen.

Das bekannte Pensionat „Fiburgersee“ in Fiburg bei Deh in Tirol ist Dienstag nachts bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Die Sommergäste konnten nur ihr nacktes Leben retten. Einige mußten sogar aus den Fenstern springen. Das ganze Gepäck wurde vernichtet. Der Gesamtschode beträgt 40.000 Schilling.

Nach dem Ergebnis der Untersuchung des Falles des unglücklichen Anton Trojan, dessen Verhör in der Nacht nicht möglich war, handelt es sich allem Anschein nach um einen Selbstmordversuch. Trojan verblieb nach Beendigung des Spieles am Spielplatze und begab sich dann auf die Eisenbahnstrecke, wo er sich, als der Zug herankam, überfahren ließ. Das linke Bein wurde ihm vom Körper abgetrennt, das Rechte, das ihm bis zum Knie zerquetscht wurde, mußte ihm im Bezirkskrankenhaus in Pardubitz amputiert werden. Anton Trojan, 12 Jahre alt, Schüler des Pardubitzer Gymnasiums, war heuer durchgefallen und sollte dieser Tage die Wiederholungsprüfung machen, was er jedoch unterließ. Dies dürfte wohl der Grund seiner Tat gewesen sein. Der Zustand des Schwerverletzten ist ernst.

**Stellung der Klassenlotterie**

80.000 K: 104.151.  
20.000 K: 1.786, 2.414.  
10.000 K: 51.999, 26.080, 60.102, 64.766, 65.534.  
5.000 K: 2.547, 6.024, 17.840, 25.537, 56.839,  
57.123, 64.133, 89.082.  
2.000 K: 2.741, 3.080, 4.216, 4.454, 13.167,  
17.809, 18.069, 19.784, 22.505, 29.232, 32.388, 35.846,  
38.713, 40.092, 43.522, 44.056, 49.181, 53.307, 57.421,  
58.564, 61.460, 65.829, 69.735, 74.620, 77.196, 81.908,  
85.707, 86.240, 88.962, 97.084, 98.762, 98.767, 102.387.

**Im Auto verbrannt.** Im Laufe des letzten Sonntags ereigneten sich in Laibach und Umgebung eine Reihe schwerer Autounfälle, durch welche mehrere Personen verletzt wurden. Besonders eines Zusammenstoßes eines Automobils mit einem Autobus im Orte Sent Vic unweit Laibach explodierte der Motor des Automobils und das selbe geriet in Brand. Der Besitzer des Autos, Kaufmann Dolenz, dessen Hüfte durch die Eisenkonstruktion eingezwängt worden waren, konnte aus dem brennenden Auto nicht befreit werden und verbrannte bei vollem Bewußtsein vor den Augen der inzwischen angeammelten Dorfbewohner. Die Gattin des Verbrannten erlitt gleichfalls schwere Brandwunden. Die übrigen drei Insassen kamen mit leichten Verletzungen davon. Die Fahrgäste des Autobusses, dessen Tür durch das brennende Auto verstopft worden war, mußten durch die eingeschlagenen Fenster aus dem Wagen gehoben werden, wobei sie leichte Schnittwunden erlitten.

**Der Schnellzug Paris—Marseille** ist gestern früh im Weichbilde von Marseille entgleist. Getötet wurde niemand, schwerverletzt sind acht Reisende. Nach den ersten Feststellungen ist das Unglück auf einen Riß im Bahndamm zurückzuführen.

**Tirol kann seine Straßen nicht mehr erhalten.** In einer Pressekonferenz für den Straßenverkehr in Tirol teilte der zuständige Referent mit, daß Tirol nicht mehr in der Lage sei, seine Straßen zu erhalten und deshalb mit einem Kraftwagenverbot vorgehen wolle. Beschwerde wurde auch darüber geführt, daß die Landesregierung die Mittel aus der Straßensteuer nur zu einem ganz geringen Teil für die Erhaltung der Straßen verwende. Es wurde die Forderung nach Gewährung des Rechtes der Autonomie ausgesprochen, da sonst die Straßen nicht mehr erhalten werden könnten.

**Bayonne, amerikanisiert.** Aus Bayonne an der spanisch-französischen Grenze wird gemeldet, daß zwei mit Revolvern bewaffnete Räuber mittags in eine Weichselstraße eindrangen, wo sie eine Angestellte festsetzten, sodann raubten sie die Kasse aus und flüchteten. Auf die Hilferufe des Mädchens eilten Nachbarn herbei, die die Räuber verfolgten. Ihre Verfolger überschütteten die Räuber mit Revolverkugeln. Schließlich sprangen die Flüchtenden in einen Fluß, um auf spanisches Gebiet zu schwimmen. Spanische Karabiner verhafteten einen der Räuber, während der andere noch auf französischem Gebiete festgenommen werden konnte.

**Brandkatastrophen.** In der Nähe von Stensberg (Norwegen) brannte ein kleines Haus ab. Eine Frau mit ihren vier Kindern im Alter von ein bis zwölf Jahren kamen in den Flammen um. — In der niederösterreichischen Ortschaft Nadelbach im Bezirk Freistadt sind elf Häuser mit der gesamten Ceate und den landwirtschaftlichen Maschinen einem Schadenfeuer zum Opfer gefallen. Die Entstehungsursache des Brandes ist unbekannt.

**Vergiß ihnen den Fahrpreis, denn sie wissen nicht, was sie tun ...** Der Nachschuß auf die Fahrpreise in der Höhe von 70 Prozent, der von den italienischen Staatsbahnen für Hochzeitsreisende bewilligt wurde, wurde jetzt auch auf Ausländer ausgedehnt. Auf den Nachschuß haben Neudermählte Anspruch, die die Reise längstens 14 Tage nach der Hochzeit antreten und den von einem italienischen Konsulat oder einem Delegierten des italienischen staatlichen Fremdenverkehrsamt „Enit“ vidierten Trauungsschein vorlegen.

**Gerichtssaal**

**Wieder ein Großdefraudant!**

**In welchen Kreisen steigt die Kriminalität?**

**Prag, 6. September.** Zunehmende Kriminalität? — Eine sehr einseitige Feststellung! Die Kriminalstatistik belehrt uns, daß trotz der würgenden Not, von der die breitesten Massen heimgejagt sind, eine Steigerung der Kriminalität gerade in den am schwersten betroffenen Schichten nicht festzustellen ist — eher eine Abnahme. Eine starke Zunahme aber weisen jene Fälle auf, wo nicht hungernde Proletarier, sondern wohlversorgte und gut bezahlte Angehörige der sog. „Oberschicht“ mit dem Strafgesetzbuch in Konflikt kommen. Die Großdefraudationen mehrten sich in erschreckender Weise, gar nicht zu reden von den strafrechtlich nicht erfassbaren üblen Machinationen der diversen Vertreter „privatwirtschaftlicher Initiative“. Es vergeht kaum eine Woche, daß nicht irgendein Defraudationskandidat in jenen „gehobenen“ Kreisen plagt. Und flüchten in solchen Fällen die Hunderttausende und Millionen nur so und werden vor Gericht mit einer leichten Selbstverständlichkeit jongliert, daß einem Hören und Sehen vergeht.

Diesmal war es ein verhältnismäßig kleiner Gauner, der 35jährige Buchhalter Karl Cechicky der Radiofirma „Orion“, der in den letzten Jahren auch das Inkasso besorgte. Und zwar so gewissenhaft, daß man schließlich ein Defizit von 110.000 K feststellen mußte. Die Mittel waren die üblichen: Falschbuchungen, Verschleierungen, fingierte Entlohnungen usw. Als es brenzlich wurde, entfloh der Defraudant nach Spanien. Auf Grund des Liebesbriefes wurde er in Barcelona festgenommen und nach langen diplomatischen Verhandlungen mit den Staaten, über welche der Rücktransport gehen mußte (Frankreich und Deutschland), endlich ausgeliefert.

**Meineid auf die Jungfräulichkeit.**

**Prag, 6. September.** Ein junges Mädchen prozessierte mit ihrem früheren Geliebten wegen „Verführung unter Zulage der Ehe“. Dieser Geliebte, der sich übrigens später als Familienvater erwies, verlor den Prozeß. Das wurmte den edlen Mann und er suchte Revanche. Die Gelegenheit ergab sich durch einen Zufall. Die feinergeleitete Klägerin hatte, vermutlich um ihre Sache gewichtiger erscheinen zu lassen, im Verlauf des Prozesses unter Eid ausgesagt, sie sei vor der Bekanntschaft mit dem Betreffenden noch unberührt gewesen. Im Sinne unserer kommerzialisierten Sexualmoral verliert ja das Handelssubjekt weiblich an Wert auf dem Heiratsmarkt, wenn diese Bedingung nicht erfüllt ist. Der Ex-Liebhaber erfuhr nun — nach Beendigung dieses

peinlichen Strittes — von einem Bekannten, daß dieser schon zwei Jahre zuvor in einem Jglauer Hotel mit dem Mädchen einige trauliche Stunden verbracht habe. Der Kavallerie erstattete also Strafanzeige wegen Meineides in punkto der beschworenen Jungfernschaft und schleifte das Mädchen vor das hiesige Kreisgericht. Der Kavallerie Nr. 2, sein Freund und Vorgänger, erschien als Zeuge und bestätigte verschiedene intime Details, die solcherart waren, daß während seiner Einvernahme die Öffentlichkeit ausgeschlossen wurde. Schließlich wurde die hartnäckig leugnende Angeklagte schuldig erkannt und wegen wissentlicher Zeugenausage zu drei Monaten schweren Kerkers, allerdings bedingt, verurteilt.

**„Entmannt“**

Zu den Massen-Entmannungen, über die wir gestern berichteten, schreibt die „Arbeiter-Zeitung“ u. a. folgendes:  
Junge Männer lastiert ... Entmannungsindustrie ... Verbrechen ... Verhaftungen — dem Spießer rieselt es angenehm gruselig über den forresten Unterleib. Was ist geschehen? Proletarier, Männer, denen das eigene Leben Mühsal genug bringt, haben auf ihre Weise versucht, dem Zwang, neues Leben in diese Welt der Arbeitslosigkeit zu setzen, ein Schnippchen zu schlagen. Kurpfuscher haben, wie alles in der kapitalistischen Welt, auch dieses berechnete Bedürfnis zu gewissenlosen Geschäften ausgebeutet. Das ist es, was die Schlachtberichte aufgeregter Polizeiseelen ein beispielloses Verbrechen nennen.

kennt, diskreditiert — und mißbraucht wurde. Der Erfolg war, daß zwar Professor Schmerz die sorgfältige ärztliche Behandlung der Männer, die den Wunsch hatten, nicht zu zeugen, einstellte, daß aber dafür Pfuscher und Stümper ihr Handwerk zu betreiben begannen. Die Operationen, die sie durchführten, bestanden nicht in der Unterbindung, sondern, wie behauptet wird, in einzelnen Fällen in der Durchschneidung des Samenstranges, die die Zeugungsfähigkeit für immer vernichtet.

**Der medizinische Tatbestand.**

Die Wissenschaft will eine Methode gefunden haben, den Samenstrang des Mannes zu unterbinden, so daß seine Zeugungsfähigkeit für die Dauer der Unterbindung aufhört, seine Geschlechtsfunktion aber erhalten bleibt. Diese Methode hat der Grazer Professor Schmerz unter Anwendung aller ärztlichen Vorsicht geübt; die von ihm vorgenommene Unterbindung des Samenstranges war nach seinen Angaben jederzeit rückgängig zu machen. Für die Anwendung dieses Verfahrens wurde Professor Schmerz unter eine medizinisch und juristisch gleich unhaltbare Anklage gestellt. Das Gericht erster Instanz hat ihn sogar verurteilt; das Urteil wurde selbstverständlich angefochten und das Verfahren schließlich eingestellt. Aber das unmögliche juristische Verfahren hatte erreicht, daß das mögliche medizinische Verfahren in der Öffentlichkeit zugleich be-

**Der soziale Tatbestand.**

Menschen wollen leben, wollen lieben, wollen weder Enthaltensamkeit, noch Berührbarkeit; aber sie wollen um Gottes willen keine Kinder haben — denn sie hungern selbst, und jedes Kind, das sie zum Hungern in die Welt setzen müßten, belastet nicht nur ihre schmale Börse, belastet auch ihr Gewissen. Die Gesellschaft hat diesen Menschen nichts zu bieten: nicht Arbeit, nicht Essen, nicht menschenwürdige Wohnungen, nicht die Genüsse einer höheren Kultur, die sie vom billigen Genuß der Geschlechtslust ablenken könnten. Sie hat ihnen nur zu verbieten. Sie verbietet ihren Frauen die Abwendung unerwünschter Schwangerschaft. Sie tut nichts, um ihnen die Vorbeugung der Empfängnis, die Anwendung schwangerschaftsverhütender Mittel zu erleichtern. Sie verbietet sogar dem Arzte, die kranke, die fortpflanzungsgeschwächte, die vom Elend zermürbte Frau von der untragbaren Leibesfrucht zu befreien. Will sie nun auch den Männern verbieten, die Frauen vor der Gefahr des Paragraphen 144 zu behüten? Daß sie es bereits dahin gebracht hat, daß die Männer statt zu Ärzten zu Kurpfuschern

gehen müssen, ist schlimm genug; daß sie, entgegen der medizinischen Erkenntnis, entgegen dem moralischen Motiv hier ein Verbrechen konstruieren will, das das Gesetz nicht kennt, kann nicht gebildet werden.  
Daß es fittlicher ist, Kindern das Leben zu ersparen, als Kinder hungern zu lassen, eine Funktion seines Körpers zu opfern, als die Enge der Ehebetten und das Glend der Proletarierwohnung mit dem zwangsweisen Produkt dieser Funktion, mit dem ungeliebten Segen unkontrollierter Fruchtbarkeit zu erfüllen — wer wollte es bestreiten? Klagt nicht über Zittenverderbnis, über sinkende Moral, weil die Frauen nicht mehr gebären, und die Männer nicht mehr zeugen wollen! Klagt den Kapitalismus an, daß er die Kinder verhungern und die Menschen verzweifeln läßt, daß er den Frauen die Milch aus der Mutterbrust nimmt und die Männer entmannt. Der Kurpfuscher, der sich dazu drängt, den Samenstrang zu durchschneiden, der den Menschen mit seiner Nachkommenschaft verbindet — er ist das Sinnbild dieser Gesellschaftsordnung, die Millionen gewissenlos und brutal den Lebensfaden durchschneidet!

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik**

**Deutsche Agrar- und Industriebank.**

**Generalversammlung.**  
**Kapitalreduktion durch Abstempelung des Aktiennominales von 400 K auf 320 K.**  
**Prag, 5. September.**

Die Deutsche Agrar- und Industriebank hielt heute unter dem Vorsitz ihres Präsidenten Ottolar Westphalen-Fürstenberg ihre 20. ordentliche Generalversammlung ab. Der Rechnungsabschluss und die Anträge des Verwaltungsrates wurden genehmigt und beschlossen, das Aktienkapital von 60.000.000 K auf 48.000.000 K zu reduzieren, die Spezialreserven für Kursverluste von 500.000 K und für Verluste aus dem Kreditgeschäft von 6.500.000 K und dem Reservefonds II. in der Höhe von 1.500.000 K aufzulösen, diese Beträge zuzüglich des im Jahre 1931 erzielten Geschäftsgewinnes für Abschreibungen zu verwenden und den verbleibenden Ueberschuß nach Zuweisung von 5 Prozent an den ordentlichen Reservefonds, demnach K 214.398.80 auf neue Rechnung vorzutragen. Die Bilanzsiffern haben wir am 2. August veröffentlicht. Die vom Verwaltungsrate beantragten Statutenänderungen wurden ebenfalls einstimmig angenommen.

Die Kapitalreduktion von 60 Mill. auf 48 Mill. K wird durch die Abstempelung des Aktiennominales von 400 K auf 320 K vorgenommen (150.000 Stück).

**Geschäftsbericht.**

Im Geschäftsbericht wird u. a. ausgeführt: Die „Concordia“, Allgemeine Versicherungs-A.-G. in Reichenberg, hat wie im Jahre 1930 auch im vergangenen Jahre eine Dividende von 7 Prozent ausgeschüttet. Die Deutsche Viehverkehrsgesellschaft für Böhmen, Ges. m. b. H. in Prag, hat mit Rücksicht auf die eingeschränkten Einfuhrmaßnahmen vorläufig ihren Betrieb eingestellt. Die Deutsche Bodenverlehrsgeossenschaft, r. G. m. b. H. in Prag, hat auch im abgelaufenen Jahre günstig gearbeitet; der erzielte Ueberschuß wurde wie in früheren Jahren dem Reservefonds zugewiesen. Die Siemens-Elektrizitäts-A.-G. in Prag hat jedoch in Voraussicht der ungünstigen Entwicklung der wirtschaftlichen Verhältnisse von der Auszahlung einer Dividende Abstand genommen. Die Reutischeiner Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen, Eisen- und Metallgießerei A.-G., Reutitschein, die in Liquidation getreten ist, konnte durch den Abverkauf des Warenlagers und der Maschinen die Bankschulden bereits zur Gänze bezahlen und es ist zu erwarten, daß das Liquidationsergebnis ein günstiges sein wird. Die Deutsche Hopfenverlehrsgeossenschaft m. b. H. in Saaz hat für das abgelaufene Jahr eine 4prozentige Dividende ausgeschüttet. Die „Union“ Versicherungs-A.-G. in Prag hat für das Jahr 1931 wie im Vorjahre eine Dividende von 8 Prozent verteilt. Die Seidenindustrie-A.-G. vormalig Franz Bujatti, Prag, wird keine Dividende bezahlen. Die Kali-A.-G. in Prag konnte für das Jahr 1931 eine Dividende von 2 Prozent ausschütten. Die Auffiger Hotel-A.-G. in Auffig konnte zufolge der erzielten namhaften Regierungspartnisse das gleiche Ergebnis wie im Jahre 1930 erzielen.

**Wahlen:**

Die ausscheidenden Mitglieder des Verwaltungsrates, Ottolar Westphalen-Fürstenberg und Arwed Grohmann, wurden wiedergewählt und der vom Verwaltungsrate kooperierte Direktor a. D. Johann Fabel, Landwirt in Rumburg, in seiner Funktion bestätigt. Johann Frodl, Landwirt in Nikl, der seit mehreren Jahren dem Aufsichtsrat der Bank angehörte, wurde in den Verwaltungsrat neu gewählt. Die ausscheidenden Mitglieder des Aufsichtsrates, Assessor Herbert Späte und Bernhard Bersen, wurden wieder- und die bisherigen Mitglieder des Verwaltungsrates, Senator Josef Lufsch und Martin Soukup, als Mitglieder des Aufsichtsrates neu gewählt.

**Lakonisches.**

Von Phönix.

Wenn sich jemand recht kurz und knapp ausdrücken versteht, so sagt man, er habe lakonisch gesprochen. Dieser Ausdruck rührt von den alten Spartanern her, die man auch Lakonier nannte und die aus möglichster Kürze des Ausdrucks eine Art Sport gemacht hatten. Ihr erster Gesetzgeber Lykurgos hat sie zu dieser Kunst, wenn anders man diese Gesplogtheit eine solche nennen will, angeleitet; daher mißfiel ihnen auch die Rede-kunst und sie erblickten in ihr nur eine Fertigkeit, um das Volk zu betrügen.  
Es werden merkwürdige Anekdoten von solchen Lakonismen berichtet. Als einmal bei einer Hungersnot die Leute von Samos Gesandte nach Sparta schickten, um Brotfrüchte zu erbitten, mißfiel die Rede, die die Samier dabei hielten, den Spartanern sehr, und sie sagten: „Wir verstanden das Ende der Rede nicht, weil wir den Anfang nicht mehr wußten.“ Einer der Gesandten zeigte nun einen leeren Sack vor mit den Worten: „Es ist kein Mehl mehr drinnen.“ Nun wurde kein Ansuchen bewilligt — aber mit der Rüge, daß keine Worte ganz überflüssig gewesen seien. Das Vorzeigen des leeren Sackes hätte auch genügt...  
Im heutigen diplomatischen Verkehr dürfte eine solche lakonische Kürze wohl einigermassen schwer fallen!  
Berühmt sind einige historische Aussprüche

der Spartaner durch ihre unübertreffliche Kürze. Als König Philipp von Makedonien mit ihnen in Fehde lag und einen Brief sandte, in dem er drohte: „Wenn ich nach Sparta komme, so werde ich fengen und brennen —“, empfing er die eben so kurze als vieldeutige Antwort: „Wenn!“ — Und als die Heidenhagar der Spartaner in den Thermopylen von der persischen Uebermacht umzingelt war, und Kerges an Leonidas einen Herold mit der Forderung nach Uebergabe der Waffen sandte, ward ihm nur die Antwort: „Komm — hole sie.“  
Aber auch bei verschiedenen Persönlichkeiten der neueren Geschichte finden wir Geschmack an lakonischer Kürze, so bei Karl V., der jede Audienz mit den Worten begann: „Machis kurz!“ und als Beiseid immer nur sagte: „Wollens überlegen.“  
Ebenso kurz zugeschnitten waren die Verhandlungen zweier irischer Barone in den Fehden des 15. Jahrhunderts; der erste schrieb dem anderen: „Sendet mir Tribut, sonst —“ und der gab zur Antwort: „Ich schulde euch keinen, und wenn —.“ Die fehlenden Worte sind dann wahrscheinlich durch Schwertstiche ersetzt worden.  
Recht kurz und bündig war auch der Kriegsbericht, den General Suwuroff an Kaiserin Katharina II. sandte. Er lautete: „Hurrah! Prag! Suwuroff.“ Auf diese Anzeige der Eroberung von Prag antwortete die wißige Kaiserin mit folgenden Worten: „Bravo, Feldmarschall! Katharina.“ Gewiß die kürzeste Form, in der je ein Marschallsdiplom ausgestellt worden ist.

Auch der geistreiche Heinrich IV. von Frankreich war kein Freund langer Reden; als einmal ein freunder Bekannter ihm eine solche, die ganz besonders ausführlich geraten war, vortrug, unterbroch ihn der König, indem er auf die Gallerie des Louvre hinwies, in welcher sie sich gerade befanden: „Wie finden Sie dies Bauwerk?“ „Oh, Sire — es fehlt nichts, als daß es beendet wäre.“  
„So finde ich auch Ihre Rede!“ lachte der König und ließ den Plauderer in der unvollendeten Gallerie stehen.  
Der Gegenstand des Lakonischen ist Weisheitsfülle und Umständlichkeit — Dinge, deren sich am meisten der P. T. Amischimmel befeißigt. Aber auch der Besitzer leibhaftiger Pferde hat sich einmal solch ein Tümel geleistet; mit einem Knecht über Land reitend, merkte er, daß sein Sattel nicht passe und sagte: „Hans, nimm meinen Schimmel den Sattel ab. Lege ihn auf den Boden.“ Der Knecht tat's.  
Dann hieß es: „Nimm den Sattel deines Rappen und lege ihn auf meinen Schimmel.“ Auch dies geschah. Als aber der Herr seine Anweisungen mit den Worten schloß: „Und jetzt lege meinen Sattel auf deinen Rappen —“, hielt es der Burche nicht mehr aus und sagte: „Aber Herr, das hättest Ihr doch mit drei Worten sagen können: Wechsele die Sättel.“  
Aber warum denn etwas einfach machen, wenn es auch kompliziert geht! Das scheinen die meisten auch beim Reden zu denken.

